

# i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 408 23. April 2008

14. Jahrgang

## Das Dilemma des multikulturellen Diskurses

Kürzlich veröffentlichten die Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute FLACSO-Guatemala und Cirma eine Studie mit dem Titel "Mayanisierung und das alltägliche Leben: Der multikulturelle Diskurs in der guatemaltekischen Gesellschaft". Das Gemeinschaftswerk geht davon aus, dass sich in Guatemala in den letzten zwanzig Jahren ein neues Verständnis von ethnischer Differenz und Vielfalt entwickelt hat, das Teil der sich ausbreitenden multikulturellen Ideologie ist. Nicht nur in Guatemala, sondern weltweit. Wir veröffentlichen Ausschnitte aus dem *Diálogo* Nr. 63 vom April 2008, der Zeitschrift von FLACSO-Guatemala, in der dieses Werk beschrieben wird.

Multikulturalismus ist ein Schlagwort unserer Zeit. Er ist eine zeitgenössische "Erfindung" des Liberalismus für sogenannte demokratische Gesellschaften, in denen Kultur, Differenz und Vielfalt als treibender Motor für Veränderung und gesellschaftliches Zusammenleben angesehen werden. Dieses politische Konstrukt hat jedoch seinen Ursprung in den Kämpfen einer Reihe von Bewegungen unterschiedlicher Ausrichtung: MigrantInnen, AfroamerikanerInnen, Indígenas, Frauen und Homosexuelle. Der Inhalt ihrer Forderungen variierte je nach lokalem und gesellschaftlichem Kontext und nach der Ursache ihrer Unterdrückung. So auch in Guatemala.

In diesem Kontext definiert die Studie den Begriff Multikulturalismus oder multikulturelle Ideologie als "eine Form, die ethnische Differenz zu verstehen, ausgehend von der Existenz kulturell unterschiedlicher Kollektive, die als Völker eine Reihe von Rechten haben, die ihnen nicht zugestanden wurden aufgrund der historischen Situation (Kolonialismus)".

Die organisierten Maya- oder *Mayanista*-AkteurInnen haben eine wichtige Funktion bei der Herstellung und Verbreitung der multikulturellen Ideologie. (Der Begriff Maya- oder *Mayanista*-AkteurInnen umfasst Personen, deren politische Forderungen auf ihrer Maya-Identität aufbauen. Während der Begriff *Indígena* diejenigen umfasst, die sich politisch nicht als Mayas definieren, sondern als *Indígenas* oder *Naturales*.)

Im Laufe der Zeit wurde der Begriff des Multikulturalismus auch in den Diskurs von AkteurInnen aufgenommen, die keine Mayas sind. Interessant ist zum Beispiel, wie nach den Friedensabkommen alle Regierungen ihren Diskurs in Bezug auf das Thema Ethnie verändert haben, vor allem hinsichtlich der Art und Weise, wie über die Indígenas geredet wird. Aber auch die Organisationen der Internationalen Zusammenarbeit, lokale soziale Organisationen, die Medien, gewisse Kreise der katholischen Kirche und Privatunternehmen (vor allem aus der Tourismusbranche) pflegen einen anderen Diskurs als noch vor zwanzig Jahren. Den multikulturellen Diskurs gibt es in tausend Varianten, je nach Interessen, denen er dienen soll.

Gelegentlich wird der Multikulturalismus als die Zauberformel verteidigt, welche die Probleme der ethnischen Beziehungen in Guatemala lösen könnte. Doch: Worin genau soll das Rezept des multikulturellen Diskurses bestehen in einer

Gesellschaft, die vor kurzem einen Krieg beendet hat und in der Armut und soziale Ungleichheit herrschen?

Die Studie beschäftigt sich mit der Frage, auf welche Weise die Menschen den multikulturellen Diskurs aufnehmen und sich aneignen oder aber ablehnen. Dabei müssen die unterschiedlichen Vorstellungen über ethnische Verschiedenheit berücksichtigt werden, welche die Menschen aufgrund ihrer sozialen und politischen Voraussetzungen haben. Es wird danach gefragt, welchen Einfluss diese neuen Ideen der GuatemaltekinInnen als Angehörige verschiedener Kollektive oder Völker auf die Art und Weise haben, wie die Menschen sich selber definieren und wie sie über "andere" denken.

### Multikulturalismus und Indigene Akteure

Die *mayanistischen* Forderungen, die in den Argumenten der Multikulturalismus-Ideologie eine universelle Tragweite sehen, offerieren der indigenen Bevölkerung eine neue Perspektive, sich selber zu sehen: Das Schimpfwort "Indio" mit seinem despektierlichen Unterton weicht einem Ausdruck des Stolzes; aus einer zweifelhaften Herkunft wird eine ehrenhafte Abstammung; statt "Dialekte" zu reden, spricht man eine "Sprache"; statt sich seiner Bräuche zu schämen, fordert man die Anerkennung einer Kosmvision, und statt sich der Ungläubigkeit und des Hexentums beschuldigen zu lassen, verteidigt man diese Praxen als Bestandteil der Mayaspiritualität. All dies ist ein politischer Vorschlag, der sich durch das Recht auf Verschiedenheit begründet.

Das *mayanistische* Verständnis geht davon aus, dass die Indígenas ein eigenes Kollektiv bilden, das zwar dem Kollektiv der Nicht-Indígenas untergeordnet ist, aber den kulturellen Stolz und das Gemeinschaftsgefühl als Grundlage für seine Befreiung beansprucht. Der Begriff der unterschiedlichen Kollektive ist keine Erfindung der multikulturellen Ideologie, aber sie gibt dieser sozialen und historischen Zuschreibung einen politischen Inhalt.

Zweifellos stellen zahlreiche und komplizierte Reaktionen diesen neuen Diskurs der Kollektive in Frage. Die

Ablehnung z. B. gegen ein bilinguales Erziehungssystem oder gegen die Mayaspiritualität hat vielerlei Gründe. In erster Linie fordern die *mayanistischen* Ideen alte Ideologien heraus, die alles "Indigene" verachten und ihm die Schuld an der eigenen Rückständigkeit geben. Die Begriffe "Rückständigkeit" und "Fortschritt" beruhen auf der überholten Ideologie, dass Fortschritt bedeute, sich dem Puls der Zeit anzupassen, wo das indigene Leben keinen Platz mehr hat.

Es gibt auch keine effizienten politischen Strukturen, bei denen das Recht auf Differenz der Indígenas eingefordert werden könnte. Ein Beispiel dafür ist die grosse Schwierigkeit, rassistische Übergriffe zu bestrafen.

Ausserdem sehen sich auch viele Indígenas nicht vertreten von denen, die in ihrem Namen politisch für ihre Befreiung kämpfen. Es gibt verschiedene Ursachen, geprägt von wirtschaftlichen, politischen, geographischen Faktoren oder durch Klassen-, Geschlechts- oder Religionszugehörigkeit, welche die komplexe Heterogenität der Indígenas ausmachen und es ihnen erschweren, sich als ein Kollektiv zu verstehen, dessen Ideologie einzig auf einer ethnischen Identität beruht.

Es gibt keine absoluten und allgemeingültigen Positionen seitens der Indígenas gegenüber dem multikulturellen Diskurs. Während die *Mayanistas* sich auf die ethnische Identität, auf ihre Geschichte und auf ihre Kultur berufen, sehen viele andere den Anschluss an die Modernität, an ein liberales Gleichheitsverständnis und an ein Leben ohne Entbehrungen.

All dies fordert den heute in Guatemala gängigen Diskurs der Multikulturalität heraus und ebenso die Auseinandersetzung mit der Realität der Indígenas.

### **Multikulturalismus und die "Ladinos"**

Im guatemalteckischen Multikulturalismus werden jene, die sich als Nicht-Indígenas definieren, offiziell und kollektiv als "Ladinos/as" bezeichnet. Ebenfalls wird der Begriff "MestizInnen" benutzt. Es ist aber auch hier zu kurz gegriffen, Leute, die aus ihrer Identifikation keine politischen Forderungen machen und eine höchst heterogene Gruppe darstellen, unter dem Begriff eines Kollektivs zusammenzufassen. Obwohl es auch unter diesen Leuten solche gibt, die sich aus verschiedenen Gründen bewusst als Ladinos/as oder MestizInnen bezeichnen, stösst die Verwendung ethnischer Kategorien oft auf Abwehr.

Es ist offenbar unangenehm, sich als ein ethnisches Kollektiv wahrzunehmen.

Die Identifizierung ist ein polemisches und wenig ausdiskutiertes Thema. Wenn jemand auf seine Ethnie angesprochen wird, kommt es häufig vor, dass die Person antwortet, er oder sie sei Guatemalteke/in. Offenbar ist die nationale Identität ein homogenisierender Faktor. Das tägliche Leben der Ladinos/as ist weniger von ethnisch bedingter Unterdrückung geprägt als bei den Indígenas, weshalb auch weniger Wert auf die Diskussion von Unterschiedlichkeiten gelegt wird.

Für viele Leute ist es unverständlich, die Gesellschaft aufgrund ethnischer Unterschiede zu organisieren. Viel wichtiger ist das Streben nach liberaler Gleichheit "für alle". In diesem Sinne bedeuten die Indígenas keine grössere Gefahr, solange sie als Individuen auftreten, denn sie haben dieselben Rechte und Chancen wie alle anderen. Treten sie aber als Kollektiv mit ihren Forderungen auf, werden sie mit Skepsis und Argwohn betrachtet. So werden die Kämpfe der *Mayanistas* als eine Form des Separatismus gesehen, als eine Spaltung, die eine Art "umgekehrten Rassismus" fördert.

Es liegt in der Ladino-Bevölkerung eine starke Betonung auf der Wichtigkeit des Respekts und des kulturellen Zusammenlebens als eine Form der Konfliktregulierung. Dies könnte auf der Annahme beruhen, dass die ethnischen Beziehungen und die Positionierung der Indígenas soziale Konflikte generieren könnten, die zum Nachteil der Ladinos/as sind.

Auf alle Fälle ist das Thema der ethnischen Zugehörigkeit in Guatemala nicht mehr nur ein exklusives Interesse der Indígenas und konzentriert sich nicht mehr ausschliesslich auf die indigene Frage. Die (öffentlichen) Institutionen, zu deren leitenden Positionen seit jüngstem auch Indígenas Zugang haben, sind Orte, wo sich interessante Machtverschiebungen abzeichnen. Dies hat damit zu tun, dass Strukturen angegriffen werden, welche bisher die ungleiche Verteilung von Privilegien aufrecht erhalten haben.

### **Multikulturalismus und indigene Frauen**

Die Diskussion über das Recht auf Vielfalt und kulturelle Freiheit stellt auch die Geschlechterbeziehungen auf die Probe. Wenn für die nicht-*mayanistischen* Indígenas die Anerkennung und der Respekt ihrer Kultur schwierig ist, solange sie in einer Situation der Unterordnung und Ungleichheit leben, ver-

kompliziert sich diese Logik für indigene Frauen, denn sie verkörpern ja diese Kultur im wahrsten Sinne des Wortes. Die Kultur wird in diesem Moment zu einem politischen Ausdruck des Stolzes, der wiederum unterdrückerische Beziehungen rechtfertigt.

Im Kontext der ethnischen Unterdrückung enthalten emanzipatorische Aktionen und Forderungen der indigenen Bewegungen oft Idealisierungen kultureller Traditionen. Die Gefahr für Frauen besteht dann, wenn die kulturellen Traditionen dazu benutzt werden, ihre Unterdrückung zu verfestigen.

Es gibt *mayanistische* Strömungen, die davon ausgehen, dass in der Maya-Kultur keine Unterdrückung der Frau vorkommt. Dieser Behauptung widersprechen die Erfahrungen vieler Frauen, die Gewalt in ihrem Alltag erleben. Aber auch die ethnozentristischen Vorstellungen, dass es in den indigenen Kulturen mehr geschlechtsspezifische Gewalt gäbe als in der westlichen, stimmen nicht angesichts der zunehmenden Zahl indigener Frauen, die zu ProtagonistInnen ihrer eigenen Geschichte geworden sind und gesellschaftlichen und politischen Raum einnehmen.

### **Multikulturalismus und Macht**

Durch die Art und Weise, wie in Guatemala Macht ausgeübt wird, kann die Anwendung des Konzeptes des Multikulturalismus den Mächtigen dienlicher sein als den untergeordneten Kollektiven, die sich darauf berufen. Je nach

## **¡Fijáte!**

**Herausgegeben von:**

**Solidarität mit Guatemala e.V.**

**Bankverbindung:**

**Postbank Karlsruhe**

**BLZ: 660 100 75**

**Kto. -Nr.: 32 95 01-751**

**Redaktion:**

**Barbara Müller**

**Christiane Treeck**

**c-tree@gmx.net**

**Aboverwaltung:**

**Ewald Seiler**

**Rahel-Varnhagen-Str. 15**

**79100 Freiburg**

**fijate@web.de**

**Jahres-Abo: 55.- •**

**Auslands-Abo: 60.- •**

**E-Mail-Abo: 50.- •**

**Erscheinungsweise 14-täglich.**

**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

**www.guatemala.de/Fijate**

Kontext, muss man von unterschiedlichen Formen des Multikulturalismus sprechen.

- Offizieller oder staatlicher Multikulturalismus - Der Staat eignet sich einen Diskurs von Multikulturalismus an, um eine neue Form der multikulturellen Regierungsführung einzuführen. Der "Respekt der Vielfalt" wird grossgeschrieben. Dies kann durchaus politisch ernst gemeint sein. Es kann aber ebenso eine Form sein, um die soziale Ordnung aufrecht und mögliche Konflikte unter Kontrolle zu halten.

- Neofolkloristischer Multikulturalismus - Die Wertschätzung der Indigenas beschränkt sich auf die Kultur als ein Ausdruck von Schönheit und Tradition. Der Staat und seine Institutionen sind in der Lage, die Symbole der indigenen Bevölkerung aufzunehmen, um sich deren Unterstützung zu sichern. Mit viel Rhetorik wird sie zur Hüterin der Moral der Nation erhoben, solange sie bloss nicht an den Machtstrukturen zu

rütteln wagt.

- Vermarktbarer Multikulturalismus - Der Staat und die Privatunternehmen verwandeln die untergeordneten Kulturen zu einem ausbeutbaren nationalen Gut. Die Ausbeutung der in der gesellschaftlichen Hierarchie tiefer Stehenden (speziell der Körper und die Arbeit der Frauen) vermehrt ihren eigenen Reichtum, der natürlich nicht an diese weitergegeben wird. Man beruft sich dabei auf einen diffusen Diskurs von der Anerkennung der Vielfalt.

- Emanzipierender Multikulturalismus - Seine Logik entspringt einem revolutionären Verständnis. Er basiert auf Autonomie und dem Kampf gegen alle Formen ethnischer Dominanz im Staat und in der Gesellschaft. Ein solcher Multikulturalismus kann verstanden werden als ein breiter und tiefgreifender Prozess der Neu-Definition und Neu-Erfindung des Gebildes Staat/Nation und der Beziehungen zwischen dem Staat und der Gesellschaft.

### Zusammenfassend

Diverse Akteure in Guatemala haben ganz unterschiedliche Vorstellungen davon, was Multikulturalismus ist und sein soll. Auch wenn das Konzept des Multikulturalismus ein politischer Vorschlag der Liberalen ist, ist er noch lange keine Unterdrückungsideologie *per se*. Er kann zwar liberal interpretiert und umgesetzt, aber er kann als befreiendes und revolutionäres Konzept umgesetzt werden. Dies hängt von der Stärke und Macht der AkteurInnen ab, die zu seiner Entstehung und Verbreitung beitragen.

So wie Multikulturalismus heute in Guatemala verstanden und umgesetzt wird, scheint es fast, dass er denen nützlicher ist, die an der Macht sitzen, als jenen, die in ihm ein befreiendes Element sehen. Solange es bei einem Diskurs bleibt, der seines verändernden Potentials entleert ist, werden auch die Strukturen nicht angetastet, die auf der Kolonialisierung, dem Rassismus und der ethnischen Dominanz aufbauen und die Grundlage der sozialen Ungerechtigkeit bilden.

## Der Umgang mit dem bäuerlichen "Terrorismus" in Livingston

**Izabal, 09. April.** Im Februar hatten einige Gemeinden gegen die lokale Landproblematik demonstriert. Dabei war einer ihrer Anführer, Ramiro Choc, ungeachtet rechtlicher Bestimmungen und ohne solche Handhabe festgenommen worden. Chocs AnhängerInnen nahmen schliesslich erst für 33 Stunden 29 PolizistInnen und kurz später vier belgische TouristInnen und ihre zwei Begleiter als Geiseln, die unter einem Grossaufgebot von Polizei und Militär befreit wurden, da die Autoritäten in keiner Weise auf die Forderung nach Chocs Freilassung reagierten. ¡Fijáte! berichtete. (No. 406)

Laut Innenministerium, Polizei und Präsident Colóm seien im Vorfeld drei Bauern festgenommen worden, die gegen die Geiseln ausgetauscht worden seien. Die Staatsanwaltschaft negiert diesen Schritt. Am nächsten Tag stellte das *Menschenrechtsprokurat* (PDH) fest, dass der 29-jährige Mario Caal Bolóm bei der Befreiungsaktion ums Leben gekommen war. Laut AugenzeugInnen war er im Zusammenhang dieser Festnahme- und Austauschaktion aus drei Metern Entfernung von einer Tränengasbombe am Oberkörper getroffen und von Mitgliedern der polizeilichen Spezialkräfte zusammengeschlagen worden. Die Autopsie bestätigt, dass Caal einen schweren Schlag mit Quetschungsfolge des Bauchraums erlitten hat, bei dem zahlreiche Rippen gebrochen, Lunge sowie Magen beschädigt wurden und eine

massive Blutung aufgetreten sei.

Auch konstatierte die PDH, dass Caals Leiche 19 Stunden am Tatort lag, ohne dass die zuständige Staatsanwaltschaft auftauchte. Der verantwortliche Funktionär redete sich heraus, er habe Angst um seine Sicherheit gehabt. An einem der nächsten Tage kam er dann begleitet von 50 Sicherheitskräften und Durchsuchungsbefehlen, um sieben der Geiselnahme und des Terrorismus beschuldigte BäuerInnen dingfest zu machen. Sie würden durch die illegale Besetzung von Ländereien die Region destabilisieren.

Schliesslich hat die PDH Caals Körper der Forensik übergeben. Das Prokurat sprach von Anfang an von einer aussergerichtlicher Hinrichtung des Bauern und vernimmt derzeit 70 der an der Befreiungsaktion beteiligten Sicherheitskräfte und ZeugInnen. Ausserdem verurteilte sie die Festnahme der drei Austauschhäftlinge als illegal, da sie nicht nur ohne richterlichen Beschluss sondern auch ausserhalb der rechtlichen Zeitvorgaben vorgenommen wurden. Grundsätzlich sei der Einsatz der Sicherheitskräfte überhaupt nicht nötig gewesen und von daher gar nicht zu rechtfertigen, hatten die BäuerInnen die Freilassung der BelgierInnen doch längst angeboten gehabt.

Daniel Pascual vom *BäuerInnenkomitee* CUC erklärte, zwar nicht mit den von den Livingstoner BäuerInnen

durchgeführten Geiselnahmen einverstanden zu sein, gleichzeitig könne er sie in ihrer Verzweiflung verstehen. Solch krasse Aktionen seien wohl notwendig, damit die Regierung überhaupt reagiert, denn der Weg des Dialogs sei erwiesenermassen völlig abgenutzt.

Während alle Autoritäten abstreiten, der Tod Caals stehe in Zusammenhang mit der Befreiung der Geiseln durch die Polizisten und zahlreiche Menschenrechtsorganisationen die Berichte über den Einsatz einfordern, wurde eine Entscheidung angekündigt, die zwar in der Presse nicht in Verbindung mit dem Konflikt in Livingston gebracht wird, jedoch aufhorchen lässt: Das Verteidigungsministerium ist bereits dabei, neben Verwaltungskräften 500 Kaibile, also Elite-Soldaten, deren Ruf sie als erstklassig zum Töten ausgebildet klassifiziert, von ihrem Stammsitz in Poptún, Petén, in die Kaserne nach Puerto Barrios, Departement Izabal, zu verlegen. Auch wenn diese Massnahme als Folge des Drogenmassakers in Zacapa (¡Fijáte! 407) präsentiert wird, überschneiden sich doch auffällig die Begrifflichkeiten, wenn die Autoritäten die Freilassung ihres *compañero* einfordernden BäuerInnen beharrlich als TerroristInnen bezeichnen und der Verteidigungssprecher das Departement Izabal für die Präsenz der Kaibile als strategisch hinsichtlich des Kampfes gegen den Drogenhandel aber auch gegen den Terrorismus bewertet.

## CUC wird 30, aber die Ursachen des Konflikts halten an

**Guatemala, 18. April.** Anlässlich des 30. Jahrestages seiner Gründung am 15. April 1978 hatte das *BäuerInnenkomitee* (CUC) zu einem viertägigen Marsch von Los Encuentros, Sololá, in die Hauptstadt aufgerufen. Rund 1'000 Personen legten in vier Tagen diese 127 Kilometer unter dem Motto "Schrei der Mutter Erde" zurück. Dem CUC angeschlossen hatten sich neben dem *BäuerInnendachverband* CNOC lokale und nationale Verbände und Nicht-Regierungsorganisationen, der Gewerkschaftsverband UNSITRAGUA sowie kommunale Radiosender.

Seine Forderungen nach kultivierbarem Land, Ernährungssicherheit und dem Stopp der staatlichen Angriffe auf die indigene und BäuerInnenbewegung stellte das CUC in ihrem Kommuniqué in den historischen Zusammenhang: Die Ursachen, die zum internen bewaffneten Konflikt geführt hatten, bestehen fort: das Agroexportmodell, die Landansammlung in wenigen Händen zum Anbau von Monokulturen, die Diskriminierung der indigenen und bäuerlichen Frau, die Arbeitslosigkeit, die schlechte Behandlung, die elenden Bedingungen und die Hungerlöhne auf den Fincas. Auf landesweiter Ebene manifestierte sich die anhaltende Unterdrückung der indigenen Bevölkerung in einer permanenten Diskriminierung und einem strukturellen Rassismus, der sich in der niedrigen Investition in den Bereichen Bildung und Gesundheit widerspiegelt und sich in der Unterernährung und der extremen Armut zeigt, die gerade in den vornehmlich von Indígenas bewohnten Departements vorherrscht.

Auf ihrem Weg verurteilten die Marschierenden zudem die Konzessionsvergaben im Minenbergbau und den geplanten Zementfabrikbau in San Juan Sacatepéquez, der seit Anfang des Jahres ebenfalls bereits zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der Bevölkerung und den staatlichen Sicherheitskräften geführt hat.

"Früher nannten sie uns Kommunisten und Guerilleros, heute nennen sie uns Terroristen. Aber in Wahrheit wissen sie einfach nicht mehr, wie sie die Politik rechtfertigen sollen, die ihre eigenen Interessen verteidigen und die der Machtgruppen, die sie finanzieren", formulierte CUC-Präsident Daniel Pascual angesichts der Enttäuschung ihrer Erwartungen durch die Regierung. Diese würde, statt sozialdemokratisch zu sein, der traditionellen Rechten dienen und dazu noch mit dem Einsatz des Militärs auf die Proteste der Landbewegung zu antworten, wie in Livingston geschehen. (siehe separater Artikel)

Präsident Álvaro Colom lasse sich ausserdem vom UnternehmerInnenver-

band CACIF manipulieren, kritisierte Pascual. Colom hatte angesichts der enorm angestiegenen Preise (auch) des Grundwarenkorb angekündigt, ein Preisobergrenzen einzuführen. Nach einem Treffen mit dem CACIF-Vorstand nahm er von seinem Plan jedoch wieder Abstand.

Domingo Hernández Ixcoy, Mitgründer des CUC, beschreibt das Komitee als Ergebnis eines Prozesses, in dem die BäuerInnen einen Ausweg aus ihrer Armut suchten, als 1976 das starke Erdbeben die Wirklichkeit des Landes blanklegte. Parallel seien zudem die ersten Kooperativen, BäuerInnenligen und Weiterbildungsprozesse ins Leben gerufen worden. Da das staatliche System nicht auf die Bedürfnisse der Völker einging, stellte die Unterstützung der *Guerillaarmee der Armen* (EGP, einer der vier Guerillafraktionen) den einzigen Weg aus der anhaltenden Unterdrückung dar.

Immer schon habe das CUC mit Märschen wie dem gerade organisierten die Bevölkerung auf die Elendsbedingungen aufmerksam gemacht, in denen die Maya-Völker und die armen Mestizos/as auf dem Land leben. Doch heute spüre er längst nicht mehr die Solidarität gegenüber den Demonstrierenden wie in den 70ern. Auch innerhalb der Bewegung seien manche Beziehungen auseinander gebrochen.

Daniel Pascual erinnert unterdessen an die harten Rückschläge, die das CUC erlitt, wie das Massaker in der Spanischen Botschaft 1980, in dessen Folge aufgrund des Bekanntmachens der staatlichen Unterdrückung vor der internationalen Gemeinschaft Rigoberta Menchú schliesslich den Friedensnobelpreis verliehen bekam.

Das CUC trug zudem bei zur Schaffung weiterer Volksfronten, wie die Gewerkschaftsvereinigung UASP in den 80ern, dem Dachverband CNOC, dem es angehört, in den 90ern und leistete wertvolle Unterstützung für den Friedensprozess, so Pascual. "Mit dem Marsch kommen wir nicht und bitten den Staat um Runderische oder Regierungskommissionen, sondern wir wollen, dass das guatemaltekeische Volk uns hört", unterstrich der CUC-Repräsentant.

Neben solidarischen Glückwünschen vom CNOC und der linken Partei URNG-MAIZ, erhielt das CUC auch Unterstützung von Monseñor Álvaro Ramazzini, Bischof von San Marcos, der auf ein Gesetz zur ländlichen Entwicklung drängte. In den letzten Wochen war bekannt geworden, dass Ramazzini, der für seinen uneingeschränkten Einsatz zu Gunsten der Benachteiligten und ihrer Forderungen bekannt ist, wieder einmal Ziel von Einschüchterungsversuchen und Morddrohungen ist.

## Rechtsprozesse und Urteile

**Guatemala, 18. April.** Drei Jahre lang haben sie erfolgreich die Prozessaufnahme mit Einsprüchen blockiert. Jetzt sind der pensionierte Oberstleutnant Marco Antonio Sánchez Samayoa und drei Militärkommissionäre doch in Untersuchungshaft. Angeklagt werden sie vom Menschenrechtsprokurat (PDH) der illegalen Festnahme und des Verschwindenlassens von sieben jungen Leuten in El Jute, Chiquimula, verübt im Jahr 1981. Die Kommissionäre sollen die als Guerilleros Bezichtigten festgenommen und zur Militärkaserne in Zacapa gebracht haben, der Sánchez vorstand. Die sieben Männer sind danach nie wieder aufgetaucht. Die von der Verteidigung geforderte Anwendung des Versöhnungsgesetzes, das den Beschuldigten Amnestie gewähren würde, greift aufgrund der begangenen Taten nicht.

Gerade noch wurde der guatemaltekeische Staat vom *Internationalen Zentrum für Justiz und Recht* (CEJIL) gemahnt, dass er bislang die Anweisungen des *Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofes* (CIDH) unter anderem in den Fällen des 1990 von Polizisten getöteten 17jährigen Anstrum

Villagrán, des erzwungen Verschwindens des Guerilla-Kommandanten Efraín Bámaca Velásquez 1992 und des Massakers im Dorf Plan de Sánchez, Baja Verapaz am 18. Juli 1982, bei dem 268 Frauen, Männer und Kinder ums Leben gekommen sind, nicht nachgekommen sei. Noch im Januar waren StaatsvertreterInnen vom CIDH vorgeladen worden, um über die Fortschritte in Bezug auf die Ermittlungen und die Öffnung von Rechtsprozessen zu berichten. Stattdessen erbat die guatemaltekeischen FunktionärInnen jedoch aufgrund des Regierungswechsels um eine Fristverlängerung. Marcela Martino vom CEJIL ist dagegen überzeugt, dass die Prozesse weiterhin auf Eis liegen. Bislang hat die Regierung bei Anhörungen auch stets dieselben Dokumente präsentiert.

Unabhängig davon ist jetzt in den USA ein Urteil im Fall Bámaca gefallen. Dessen Witwe, Jennifer Harbury, hatte im letzten Oktober Entschädigungsansprüche gegen den US-amerikanischen Staat erhoben. Gemäss Harbury seien die Soldaten, die ihren Mann festnah-

Fortsetzung auf S. 5

Fortsetzung von S. 4

men und verschwinden liessen, vom CIA finanziert worden. Dieser habe das Weisse Haus und andere Regierungsabteilungen von der Festnahme Bámacas informiert und das guatemaltekische Militär habe den Tod des Guerilla-Kommandanten im Kampf simuliert, um mehr Informationen aus ihm herauszubekommen. Das Militär hatte behauptet, Bámaca habe Selbstmord begangen. Harbury macht den US-amerikanischen Staat für den Tod ihres Mannes verantwortlich, da die CIA guatemaltekische Militärs unter Vertrag genommen und ausgebildet hatte, um mittels Folter und an-

deren Druckmitteln an Informationen über die Guerilla zu kommen.

Im Jahr 2000 entschied eine US-amerikanische Richterin, die CIA habe im Rahmen ihres Mandats gehandelt. Harburys letzter Rekurs stellte nun das Bundesgesetz wegen Ziviler Verbrechen ("FTCA") dar. Laut aktueller Resolution des zuständigen Appellationsgerichtes gelte dieses jedoch nicht für Taten, die ausserhalb der USA begangen wurden. Damit wies das Gericht Harburys Entschädigungsforderung zurück.

Nachdem Anfang Februar die ersten siebzehn guatemaltekischen Zeuginnen in Madrid vor dem Richter Santiago Pédras des Spanischen Gerichts-

hofs im Fall des Völkermord-Prozesses ausgesagt haben und weitere 13 bis Ende Mai angehört werden, wogegen die in dem Prozess angeklagten ehemaligen Militärs Efraín Ríos Montt und Ángel Anibal Guevara erfolglos Einspruch erhoben hatten, hat Richter Eduardo Colujúm von der Ersten Strafkammer auf Antrag Spaniens auch in Guatemala die ersten Anhörungen von ZeugInnen begonnen. Aufgrund der Entscheidung des Verfassungsgerichts im Dezember, Spanien sei nicht für den Prozess autorisiert (¡Fijáte! 402), wird das Urteil des Spanischen Gerichtshofes für die Angeklagten nur wirksam, wenn sie Guatemala verlassen sollten.

## Zwei Präsidentinnen

**Guatemala, 14. April.** Die Richterin María Eugenia Villagrán de León ist zur Präsidentin des Obersten Wahlgerichtes (TSE) gewählt worden. Damit ist sie die erste Frau, die dieses Amt seit der Einrichtung des TSE im Juni 1983 innehat.

(Sie ist diejenige Ehefrau, die für den vermeintlichen Interessenskonflikt gesorgt hat, aufgrund dessen der Generalprokurator Mario Gordillo aus seinem

Amt entlassen wurde. (¡Fijáte! 407))

Eine der grössten Herausforderungen für das TSE wird sein, ihre Glaubwürdigkeit als Wahllautorität wiederzuerlangen, sich als Institution zu sanieren und der Bevölkerung den Zugang zu Informationen zu garantieren.

Auch das Verfassungsgericht wird, zumindest für das kommende Jahr, von einer Frau präsiert: der Richterin Gladys Chacón Corado. Chacón ist bereits

die dritte Frau auf diesem Posten. In ihrer Antrittsrede lud sie ihre KollegInnen dazu ein, "eiserne HüterInnen der Verfassung" zu sein und forderte sie dazu auf, sich gemeinsam in solide Säulen zu verwandeln, auf die sich das Volk stützen könne. Chacón plant in ihre Amtszeit die Schaffung einer elektronischen Datenbank, auf der alle vom Plenum firmierten Resolutionen gleich nach Bearbeitung zugänglich sind.

## Machtverschiebungen dank Mord und Stellenvergabe

**Guatemala, 18. April.** Am 31. März wurde dem Regierungsberater Victor Josué Rivera Azuaje mitgeteilt, der Präsident habe seine Kündigung angeordnet. (¡Fijáte! 407) Eine Woche später, um Mitternacht auf den 8. April wurde Rivera in der Nähe seiner Wohnung erschossen. Bislang gibt es über die Tat und ihr Motiv nur Spekulationen, die Regierung hält sich mit Äusserungen zurück.

Seit 1996 war der gebürtige Venezolaner mit guatemaltekischem Pass, auch bekannt als "Zacarías" oder "Frank", in Guatemala tätig. Er war Berater für Sicherheitsfragen, schliesslich angestellt vom Innenministerium, das ihm eine kleine Polizeieinheit zuwies, zuständig für die Aufklärung und Lösung von Geiselnahmen, Erpressungen, Morden, Banküberfällen und anderen Schwerverbrechen. Neben den Ermittlungen im Mord an den drei salvadorianischen Mitgliedern des *Zentralamerikanischen Parlaments* (PARLACEN) und ihrem Chauffeur im Februar 2007, dem vermutlich von Polizisten Anfang Oktober '07 verübten Mord an fünf Jugendlichen (¡Fijáte! 395) und dem Millionen-Raubüberfall im Flughafen La Aurora im September 2006 war Rivera bis zu seiner Entlassung mit der Identifizierung und Lokalisierung von aktuell in Guatemala operierenden Entführerbanden beschäftigt. Im PARLACEN-Fall

sitzen bereits acht Personen im Gefängnis, zwei sind auf der Flucht: Immer noch ist unter anderem der verdächtige ehemalige Kongressabgeordnete und eigentlich zum Bürgermeister von Jutiapa gewählte Manuel Castillo Medrano nicht gefasst. (¡Fijáte! 405) Insgesamt stehen noch zwölf von Rivera aufgrund seiner Ermittlungen beantragte Haftbefehle aus.

Am Abend des 7. April hatte der 62jährige Rivera gemeinsam mit seiner jahrelang für ihn tätigen Assistentin, María del Rosario Melgar Martínez, in einem Restaurant in der als wohlhabend geltenden Zone 15 in der Hauptstadt an dem Bericht gearbeitet, der alle ausstehenden Informationen über seine ausgeführte Arbeit beinhaltete und den er am nächsten Tag der Regierung überreichen wollte. Nach 23 Uhr fuhren sie in Riveras normalen Kleinwagen auf dem Hauptboulevard "Vista Hermosa" Richtung Stadtzentrum, als sie vermutlich von zwei PKW und einem Motorrad umzingelt und von beiden Seiten unter Beschuss genommen wurden. Fünf Schüsse trafen Rivera tödlich, Melgar Martínez wurde verletzt, ist jedoch bereits nach einer direkt folgenden Operation unter schwerstem Polizeischutz in einem Sanatorium untergebracht.

Die Verkehrskontrollkameras liefern wohl kein Beweismaterial über den Tat-

hergang, Kameras von dem Tatort nahen Gebäuden werden noch untersucht.

Die Regierung sagt so gut wie gar nichts zu dem Tod Riveras; nicht einE VertreterIn erschien auf dessen Beerdigung, wo sich neben den Angehörigen und zahlreichen Unternehmensfamilien, die Rivera in Entführungsfällen begleitet hatte, allein ehemalige FunktionärInnen wie die Ex-InnenministerInnen Carlos Vielmann und Adela Camacho de Torrebiarte blicken liessen. Angeblich habe die Kriminalpolizei noch nicht einmal den offiziell-formalen Auftrag erhalten, den Mord zu untersuchen.

Gleichzeitig ist die Rede von mindestens sechs Hypothesen, die die Staatsanwaltschaft verfolge, eine davon bringt das Verbrechen in Zusammenhang mit dem genannten Manuel Castillo, eine andere verbindet es mit dem Mord an den vier Polizisten, die wegen des Mordes an den Parlamentariern im Gefängnis sassen. Allgemeiner wird indes vermutet, Rivera wurde aus Rache getötet oder aber zum Schweigen gebracht.

Auch nach seinem Tod bleibt die Person Rivera umstritten. Herausgehoben wird stets seine Expertise und sein Erfolg in der Klärung hunderter von Entführungen, die seine Ermittlungseinheit als Ausnahme im sonst als völlig ineffi-

Fortsetzung auf S. 6

Fortsetzung von S. 5

zient geltenden Polizeiapparat erscheinen lässt. Vor allem die Angehörigen von Entführten erlebten Rivera als einen kompetenten und pflichtbewussten Polizeikommissar, der ihnen einfühlbar zur Seite stand. Vor Gericht trat er zudem oft als Zeuge und Sachverständiger auf. Durchaus wurde Rivera mit der Zeit zur Vertrauensperson vor allem der von Entführungen zeitweise besonders betroffenen Unternehmerkreise. Der Vorwurf, er habe sich ausschliesslich um die Fälle der Oligarchie gekümmert, wird jedoch geschwächt angesichts der Dankbarkeitsbekundung gegenüber dem Verstorbenen von vielen Personen, die nicht dieser Schicht angehören. Riveras Art und Arbeitsweise machten aufgrund seiner Diskretion und dem Nutzen persönlicher Kontakte auf viele einen undurchsichtigen und unkontrollierten Eindruck, die Beschuldigung des Exzesses der Operationen seiner Einheit und der Durchführung von Aktionen sozialer Säuberung konnten ihm jedoch bislang nicht nachgewiesen werden.

Der Mord löste in den Medien eine Welle von Empörung gegenüber der Regierung aus. Nicht nur Nineth Montenegro, Abgeordnete der Partei *Encuentro por Guatemala* (EG) oder der Vorsitzende des Unternehmerverbandes CACIF, Carlos Zuñiga, werfen Präsident Colom vor, die Kündigung Riveras wäre dessen Todesurteil gewesen. Offenbar habe sich Colom überhaupt keine Gedanken über die Folgen der Entlassung des Mannes gemacht, der eine Unmenge an äusserst heiklen Informationen sowohl über Kapitalverbrechen als auch über das Geflecht der Machtbeziehungen habe, als er diesen plötzlich und ohne irgendwelche Sicherheitsmassnahmen entliess. Gleichwohl war der Kommissar dafür bekannt nur in Ausnahmefällen überhaupt eine Waffe zu tragen, persönlichen Schutz, wie Chauffeur, Bodyguards oder zumindest ein kugelsicheres Auto lehnte er stets ab.

So stellt Riveras Tod in mehrerer Hinsicht einen Einschnitt in die Wahrnehmung des herrschenden Unsicherheitsambientes im Land dar. Wenn noch nicht einmal der Sicherheitsexperte schlechthin sein Leben schützen kann, was kann da erst die gemeine Bevölkerung in Bezug auf die Gewalt machen? Die Kolumnistin Dina Fernández stellt in der Tageszeitung *el Periódico* zwei mögliche Szenarien auf angesichts der Bedeutung von Riveras Tod speziell für den Unternehmenssektor, der in dem Kommissar ihren Schutzmann sah, dessen Stand vor allem unter der Regierung Berger zum Teil sogar über die Figur des/der Innenministers/in hinausging: Einerseits werde sich die Oligarchie ohne ihn jetzt völlig schutzlos fühlen, andererseits jedoch werde sie, so Fernández, sicher-

lich auch erleichtert sein, gerade aufgrund des Wissens von Rivera um auch ihre dunklen Machenschaften, das er nach seiner Entlassung aus dem Staatsdienst möglicherweise hätte preisgeben können.

Unabhängig davon beobachtet Fernández ausserdem, dass langsam aber sicher die Strukturen im staatlichen Sicherheitsapparat verschoben werden, zum einen durch direkte Postenvergabe, zum anderen durch die physische Eliminierung von Schlüsselpersonen. So kamen bereits im letzten Jahr zwei anerkannte Sicherheitsexperten auf gewaltsame Weise um, die auch mit Rivera zusammengearbeitet zu haben schienen.

Einer, der ganz offensichtlich seinen Einfluss geltend macht, ist der seit Coloms Amtsantritt fungierende Chef des *Sekretariats für Administrative Angelegenheiten und Sicherheit* (SAAS), Carlos Quintanilla. Das SAAS ist eigentlich ausschliesslich für die Sicherheit des Präsidenten und seiner Angehörigen zuständig. Bereits in den letzten acht Jahren hat sich Quintanilla um Coloms Sicherheit gekümmert. Dem Sicherheitsfachmann Quintanilla, der die Militärschule besuchte, aber nicht in der Armee war, wurde von den Kongressabgeordneten ohnehin bereits vorgeworfen, seine Funktionsgrenzen zu überschreiten, als er sich öffentlich zu den Morden an den Busfahrern oder zum Drogenbekämpfungsplan äusserte und auf Coloms Reise nach Brasilien kürzlich sich mit dem dortigen Geheimdienstchef zusammensetzte. Auch wenn Colom behauptete, Quintanilla wäre zu seinem Schutz dabei, zeigte sich dieser bei seinen Auftritten nur selten in Coloms Nähe. Er soll in Verbindung stehen zu pensionierten Militärs, die dem organisierten Verbrechen nahe sein sollen. Als bekannt gilt, dass Quintanilla bereits erfolgreich die Besetzung von in Sachen Sicherheit wesentlichen Posten mitbestimmt hat: die Leitung des Verteidigungsministeriums, des *Sekretariats für strategische Analysen* (SAE) und der Präsidialgarde.

Und jetzt soll er auch an der Absetzung von Victor Rivera als Sicherheitsberater mitgewirkt haben, um "seinen Mann", den pensionierten Oberstleutnant Gilberto Alfredo Ruano Tejada, als solchen einzusetzen. Nicht nur wird, wie von Mario Polanco von der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM), generell die Berufung eines Militärs auf diesen Posten kritisiert, der 42jährige Ruano selbst weckt ob seiner Vergangenheit Misstrauen. Während Präsident Colom dessen Lebenslauf gar nicht kennt und nichts von Ruanos Militärangehörigkeit wissen will, stellt der Kolumnist Juan Luis Font in *el Periódico* fest, dass dieser, der in den Jahren 1988-1994 - unter den Präsidenten Marco Vinicio Cerezo, Jorge Serrano Elías und Ramiro de León

Carpio und den militärischen Geheimdienstchefs Francisco Ortega Menaldo, Édgar Godoy Gaitán und Otto Pérez Molina - in dem inzwischen aufgelösten *Präsidialen Generalstab* (EMP) tätig war, "in Zeiten nicht sehr angenehmer Erinnerung", so Font. Ruano "erweckt den Eindruck, Teil einer beunruhigenden Macht zu sein, die sich unter dem Schutz oder zumindest unter dem naiven Blick der Regierung konsolidiert", schreibt der Kolumnist. Ruano ist derweil Inhaber von zwei privaten Sicherheitsfirmen und absolviert im Moment einen Masterstudiengang in Kriminologie.

Welche Rolle Otto Pérez Molina bei dem Wechsel der Entführungssonderheit spielt, bleibt dahin gestellt. Obwohl Colom von Beginn seiner Amtszeit in Aussicht stellte, die Arbeit von Victor Rivera zu evaluieren und dann zu entscheiden, ob er bleibe oder nicht, hatte Rivera am 28. März bereits seine Vertragsverlängerung unterzeichnet. Am 30. traf sich Colom mit Oppositionsführer Pérez Molina, um einen Regierungsvertrag zu schliessen, der unter anderem die Billigung eines neuen Kredites für die Realisierung des Regierungsplans beinhaltete, gleichzeitig aber Pérez Forderung Rechnung trug, davon einen grösseren Anteil als ursprünglich geplant, für die Themen Sicherheit und Justiz zu reservieren. Und am 31. teilte Innenminister Vinicio Gómez seinem Berater Rivera die Kündigungsanweisung Coloms mit.

Auch die Tatsache, dass Colom seine Beziehungen zu anderen Teil der de facto das Staatsgefüge bestimmenden Unternehmerschaft pflegt als es seine Vorgänger und auch Victor Rivera taten, bestätigt wohl die schleichenden Verschiebungen im Machtapparat, die der Kolumnist Font beobachtet. Seine Kollegin Sylvia Gereda Valenzuela ruft indes dazu auf, ein Auge auf den Umgang mit Riveras Team von Seiten der Autoritäten zu werfen. Denn diese Einheit aufzulösen oder auch auf Posten ins Landesinnere zu schicken, stelle auch für die AgentInnen dieser Spezialeinheit ihr Todesurteil dar, warnt die Kolumnistin in *el Periódico*.

Die Kriminalpolizei gab unterdessen bekannt, dass sich die Zahl der Entführungen im ersten Quartal '08 im Vergleich zum Vorjahr von 15 auf 31 verdoppelt hätten. Der Staatsanwaltschaft liegen gar 58 entsprechende Anzeigen vor. Offenbar werden die EntführerInnen immer jünger, waren sie früher im Alter ab 35 Jahren, sind es jetzt Personen zwischen 25 und 30. Bekannt ist auch, dass der Grossteil der Entführungen aus dem Gefängnis heraus angeleitet wird.

Auf Gilberto Ruano kommt also eine immense Aufgabe zu und er kann seinen Vorgänger nicht um Tipps fragen. Aber Coloms Entscheidung ist jetzt nicht mehr rückgängig zu machen.